

Wahlen in der BRD

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 11

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339226>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Wahlen in der BRD

Niemand, der sich in den letzten Jahren mit den Wandlungen im Parteiengefüge der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt hat, konnte von dem Ergebnis der letzten Bundestagswahlen am 3. Oktober sonderlich überrascht sein. Insgesamt verloren die Sozialdemokraten 17 und gewannen die beiden Unionsparteien 19 Sitze im Parlament. Auch die liberale FDP verlor zwei Sitze. Wahlsieger sind mithin zweifelsfrei die Unionsparteien, wenn auch mit recht unterschiedlichen Stellenwerten. So erreichten weder der Kanzlerkandidat *Kohl* noch der Generalsekretär der CDU, *Kurt Biedenkopf*, in ihren Wahlkreisen das sogenannte Direktmandat¹. Die Verluste der Sozialdemokraten stuften sich von Nord nach Süd ab. In Schleswig-Holstein betrug sie nur 1,5 Prozent, in Hamburg gar nur 0,8 Prozent, in Bayern hingegen 5,2 Prozent.

Dennoch haben die beiden Unionsparteien ihr eigentliches Wahlziel, die Machtübernahme, nicht erreicht. Kohl reklamierte zwar mit erheblichem Stimmaufwand für die stärkste Fraktion – die eigentlich nur eine zusammengefügte Fraktion darstellt – das Anrecht, den Kanzler zu stellen, war sich aber darüber klar, dass dies nur möglich wäre, wenn die liberale FDP ihren Koalitionspartner wechselte. SPD und FDP haben sich indessen beim Bundespräsidenten eindeutig dahin geäußert, dass sie am 14. Dezember den bisherigen Bundeskanzler Helmut Schmidt präsentieren werden.

So wie im Bund setzte mit der Wahlnacht seitens der CDU-Politiker auch ein erneutes Liebeswerben um die Gunst der FDP einiger Länder ein. Um eine Koalition bemüht sich insbesondere in Niedersachsen der einer Minderheitsregierung vorstehende Ministerpräsident Albrecht. Er hat einigen Anlass dazu, denn der merkwürdige Vorgang seiner Wahl mit Stimmen aus dem sozial-liberalen Bereich geht vermutlich auf die Dissidenz von drei bis heute unbekannt gebliebenen FDP-Abgeordneten zurück. Auch hier hat sich bisher der FDP-Vorsitzende in Niedersachsen ablehnend geäußert. Ein wenig anders sieht es im Saarland aus, wo der Ministerpräsident Roeder eigentlich nur «geschäftsführend» weiterregiert, da die dortige CDU genau die gleiche Zahl von Abgeordneten zählt wie SPD und FDP zusammen. Roeder kam auch hier in der Wahlnacht mit einem formellen Koalitionsangebot und bekam die Antwort, zuerst müsse – im November – der FDP-Parteitag stattfinden. Gerne würde wohl auch der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Ähnliches versuchen, denn er hat im Landtag nur eine Stimme Mehrheit und eine durch geringe Verluste willensstarke SPD gegenüber. Derzeit aber fand hier noch kein Versuch statt.

¹ Im bundesdeutschen Wahlsystem gibt es direkte Wahlkreiskandidaten, die als gewählt gelten, wenn sie in ihrem persönlichen Wahlkreis die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten.

Die Zusammenarbeit von SPD und FDP in der Bundespolitik gründet sich – von gewissen grundsätzlichen Differenzen abgesehen – auf gewisse Affinitäten, die jedwede Zusammenarbeit mit der CDU/CSU überaus schwierig machen würden. Man denke an die entschiedene Stellungnahme der FDP in der Frage der straflosen Abtreibung, in der Modernisierung des Ehegesetzes und nicht zuletzt in der Entspannungspolitik gegenüber dem Osten. Kohl und Strauss haben zwar erklärt, Verträge würden auch von einer christdemokratischen Regierung eingehalten. Doch kaum jemand zweifelt daran, dass die Art dieser Einhaltung eine wesentlich andere sein würde, als sie von der sozial-liberalen Koalition praktiziert wird.

«Ghadafis Sieg auf Malta»

So zumindest stellte ein ebenso sprachbegabter wie wendiger Journalist aus Wien die vor kurzem in Malta abgehaltenen Wahlen dar. Vergesellschaftungen und autoritär bestimmte «Halbdemokratie» waren angeblich das Ergebnis dieser Wahlen, die durch allerlei Kunststückchen zu dem Resultat einer Labour-Mehrheit auf den beiden kleinen Inseln im südlichen Mittelmeer geführt hätten. Gegnerische Wahllokale wurden angezündet, und die Regierungspraxis stelle sich in der Bezahlung untätiger Arbeitsloser dar. Das sei um so leichter, als der Präsident des libyschen Revolutionsrates, Ghadafi, sozusagen alles bezahle.

Die Wirklichkeit ist aber etwas anders. Malta und Gozo leben in Wahrheit in der Atmosphäre eines betonten Nationalismus, der sich aus der Geschichte und der Auflehnung gegen eine vielhundertjährige fremde Vorherrschaft erklärt. Spuren hat die Herrschaft der Ordensritter und der Engländer hinterlassen: besonders den Katholizismus und die englische Sprache, die alle Schulkinder weiterhin lernen. Neben dieser europäischen Sprache, die das Fenster der beiden Inseln zu Europa offen hält, lernen sie aber auch die eigene Muttersprache Malti. Und Malti ist – von einigen italienischen Lehnwörtern abgesehen – ganz einfach arabisch, allerdings mit lateinischen Buchstaben geschrieben. Natürlich haben die Herrscher der – ungefähr im gleichen Zeitraum unabhängig gewordenen – umliegenden arabischen Staaten diese sprachliche Affinität genutzt, um sich im maltesischen Bereich beliebt zu machen. Allzuweit geht diese Liebe nicht, denn die Maltesen sind Katholiken, die – meisten – Araber Mohammedaner. Die maltesischen Lebensformen sind zudem europäisch, und wenn sie gut kochen, handelt es sich um italienische Gerichte. Aber mit der Unabhängigkeit hat sich einiges geändert auf Malta, wenn auch die von dem wendigen Journalisten aus Wien wahrgenommenen massenweisen Grundstückkäufe der Libyer bei Besichtigung des kleinen Territoriums nicht festgestellt werden können. Weniger leicht festzustellen ist natürlich, dass der Libyer Ghadafi jeden Preis zahle, nur um die NATO loszuwerden. Aber die strategische Bedeutung Maltas ist heute nicht mehr